

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Gleichberechtigter Zugang zu Jobtickets für Landesbedienstete des Freistaates in allen Regionen Sachsens**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. mit dem Verkehrsverbund Vogtland (VVV), dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV), dem Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS), dem Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien (ZVON) sowie der Deutschen Bahn AG (DB) Vertragsverhandlungen zu führen, um für alle sächsischen Landesbediensteten den Erwerb eines durch Großkundenrabatt preislich günstigen Jobtickets ab dem 01.07.2015 zu ermöglichen, bei welchen sachsenweit einheitlich ein Arbeitgeberanteil von zehn Prozent gewährt wird.
2. einen Vorschlag zu erarbeiten, auf welche Weise der durch den Freistaat zu finanzierende Eigenanteil für Jobtickets ab dem 01.07.2015 bereitgestellt werden kann.

### Begründung:

Laut den Antworten der Staatsregierung auf die Große Anfrage 5/14437 „Luftreinhaltung in Sachsen“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (konkret auf die Fragen IV. 30 und IV. 33) vom 16.07.2014 hat bisher nur ein einziger Verkehrsverbund nennenswerte Jobticketnutzerzahlen erreicht – der Verkehrsverbund Oberelbe (VVO). Die Zahl der im VVO verkauften Jobtickets erhöhte sich von 1.479 (2011) auf 3.971 (2013).

Dresden, den 6. November 2014

b.w.



Volkmar Zschocke, MdL  
und Fraktion

Eingegangen am: 06. Nov. 2014

Ausgegeben am: 07. Nov. 2014

Allerdings genießen die Bediensteten im VVO-Gebiet auch die attraktivsten Preisangebote für ein Jobticket mit einem Erwerbspreis von 80 Prozent.

Die Situation im Freistaat Sachsen ist laut Antworten der Staatsregierung höchst unterschiedlich: Rahmenverträge bestehen laut Antwort der Staatsregierung mit folgenden Verkehrsunternehmen/Verkehrsverbänden: Mitteldeutscher Verkehrsverbund (MDV), Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS), Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien (ZVON), Verkehrsverbund Oberelbe (VO) und Deutsche Bahn AG (DB).

Überhaupt kein Rahmenvertrag des Freistaates Sachsen besteht bislang mit dem Verkehrsverbund Vogtland (VVV).

Der einzige Rahmenvertrag des Freistaates Sachsen, bei dem ein Arbeitgeberanteil von zehn Prozent gewährt wird, wurde mit dem VVO abgeschlossen.

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) hat laut Antwort der Staatsregierung als Einzelministerium begonnen, eigene Rahmenverträge für Jobtickets mit Arbeitgeberbeteiligung für die Beschäftigten aus dem Geschäftsbereich des SMWA mit den Verkehrsverbänden MDV, VMS, ZVON und auch bilateral mit dem Verkehrsverbund Vogtland (VVV) abzuschließen. Dabei gewährt auch das SMWA seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von zehn Prozent.

Das bedeutet: die Landesbediensteten aus dem VVO-Gebiet und jene, die im SMWA arbeiten, können das Jobticket für 80 Prozent erhalten, die Landesbediensteten im VVV-Gebiet, so sie nicht beim SMWA beschäftigt sind, haben überhaupt keine Option auf ein Jobticket und alle anderen Landesbediensteten können ein Jobticket für 90 Prozent erwerben.

Diese Ungleichbehandlung der Landesbediensteten ist zu beenden.

Die Möglichkeit das Jobticket zu einem attraktiven Preis von 80 Prozent des Normalpreises zu erwerben, entsteht, wenn der Freistaat Sachsen als Arbeitgeber zehn Prozent des Preises bezahlt und die Verhandlungen mit den Verkehrsverbänden so führt, dass auch diese zehn Prozent Großkundenrabatt gewähren. Dies bietet überzeugende Vorteile, sowohl für die sächsischen Verkehrsverbände, für den Freistaat, für die Landesbediensteten sowie für den Umwelt- und Klimaschutz.

Alle Landesbediensteten sind potenzielle Kundinnen und Kunden der sächsischen Verkehrsverbände. Mit dem Jobticket kann eine erhebliche Anzahl von Fahrgästen gewonnen werden. Daraus folgt ein höherer Kostendeckungsgrad des Öffentlichen Nahverkehrs der sächsischen Verkehrsverbände, eine Entlastung der Straßen vom Individualverkehr, eine Minimierung von Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs, eine geringere Stauhäufigkeit, Lärminderungen, eine Verminderung des Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

Der Freistaat Sachsen sollte seiner Vorbildwirkung nachkommen und sich hier deutlich für die Verbesserung der Lebensqualität und für aktiven Klimaschutz engagieren.

Bei Jobtickets handelt es sich um Monatskarten für Bus und Bahn, die von den Firmen mitfinanziert werden und daher für deren Angestellte günstiger sind. Aufgrund der großen Anzahl der Beschäftigten rabattieren die Verkehrsverbände den Preis zusätzlich.